

NIEDERSCHRIFT

über die 5. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Gemeinde Großenkneten am Montag, 05.12.2022 , im Gasthaus Kempermann, Hauptstraße 59, 26197 Großenkneten

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

An der Sitzung haben teilgenommen:

Vorsitzende/r

Herr Torsten Deye

Mitglieder

Herr Andreas Altergott

Herr Carsten Beelage

Herr Jannis Behrens

Herr Uwe Behrens

Herr Heiner Bilger

Herr Rolf Breitenbach

Herr Dirk Faß

Frau Elisabeth Feldmann

Frau Heike Frommhold

Herr Hartmut Giese

Stellv. Bürgermeister

Frau Astrid Grotelüschen

Frau Imke Haake

Frau Melanie Jähnke

Frau Kerstin Johannes

Herr Linus Küther

Herr Bastian Lahrman

Herr Ralf Martens

Frau Andrea Naber

Herr Friedjof Ohms

Frau Dorothe Otte-Saalfeld

Stellv. Bürgermeisterin

Herr Niklas Reineberg

Herr Dirk Richter

Frau Neele Rowold

Herr Harm Rykena

Frau Heidi Schilberg

Herr Thorsten Schmidtke

Bürgermeister

Herr Samuel Stoll

Herr Eckhard Wendt

Frau Corinna Wilke

Herr Sven Wilke

von der Verwaltung

Herr Florian Jochens

Stellv. Amtsleiter Haupt-, Personal- und
Schulamt sowie Protokollführer

Herr Horst Looschen

Kämmerer

Verhindert waren:

Mitglieder

Herr Hauke Büsselmann

Herr Eduard Hülers

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit des Rates der Gemeinde Großenkneten und der Tagesordnung
- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 4. Sitzung des Rates am 26.09.2022
- 3 Bericht des Bürgermeisters

Einwohnerfragestunde

- 4 Fachausschüsse des Rates; Berufung der nicht dem Rat angehörenden Mitglieder in den Schul- und Sportausschuss **BV/0262/2021-2026**
- 5 Berufung der Gemeindevorstandung **BV/0261/2021-2026**
- 6 Brandschutz - Grundsatzbeschluss über den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für die Ortsfeuerwehr Sage **BV/0236/2021-2026**
- 7 Umsetzung der Straßenverkehrsordnung - Verkehrsregelung durch die Feuerwehr **BV/0238/2021-2026**
- 8 Umbau und Erweiterung des Rathauses - Grundsatzbeschluss **BV/0259/2021-2026/2**
- 9 Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 **BV/0276/2021-2026/2**
- 10 Annahme von Spenden – Spende der Firma Heidemark GmbH **BV/0251/2021-2026**
- 11 Anfragen und Anregungen
 - 11.1 Weihnachtsbeleuchtung "Wildeshauser Straße"
 - 11.2 E-Ladesäulen
 - 11.3 Runder Tisch Wirtschaft
 - 11.4 Betriebsbeginn Amazon
 - 11.5 Klarstellung
 - 11.6 Straßenbeleuchtung

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit des Rates der Gemeinde Großenkneten und der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Deye eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit, die Beschlussfähigkeit des Rates und die Tagesordnung fest.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 4. Sitzung des Rates am 26.09.2022

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 4. Sitzung des Rates der Gemeinde Großenkneten am 26.09.2022 wird bei einer Enthaltung genehmigt.

zu 3 Bericht des Bürgermeisters

Der Bürgermeister hat den Rat über wichtige Angelegenheiten nach § 85 Abs. 4 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes zu unterrichten.

Dieser Pflicht kommt der Bürgermeister durch die Übersendung der Niederschrift über die Sitzungen des Verwaltungsausschusses und mit dem nachfolgenden Bericht nach.

Der Berichtszeitraum reicht von der Sitzung des Rates am 26.09.2022 bis heute.

1. Bedeutende Verwaltungsangelegenheiten

- Gemäß § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Rat hat die Gruppe Grüne – KA – Linke die Änderung des Namens der Gruppe in Grüne – KA – Lahrman schriftlich am 24.10.2022 angezeigt.
- Der Landkreis Oldenburg hat die I. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 kommunalaufsichtsbehördlich mit Verfügung vom 10.10.2022 genehmigt. Die I. Nachtragshaushaltssatzung 2022 ist nach der Bekanntmachung in der Nordwest-Zeitung am 15.10.2022 in Kraft getreten.
- Die Veränderungssperren für die Bebauungspläne Nr. 134 - 137 zur planungsrechtlichen Steuerung der Nachverdichtung sind nach der Bekanntmachung in der Nordwest-Zeitung am 01.10.2022 in Kraft getreten.
- Folgende Bebauungspläne sind nach der Bekanntmachung in der Nordwest-Zeitung in Kraft getreten:
 - Bebauungsplan Nr. 1a „Ahlhorn, nördlich der B 213“, 3. Änderung, am 14.10.2022
 - Bebauungsplan Nr. 64 „Sportanlagen Ahlhorn-Nord“, 1. Änderung, am 25.10.2022
 - Bebauungsplan Nr. 75 „Gewerbe- und Industriegebiet Ahlhorn Heide“, 3. Änderung, am 18.10.2022

Der Stand der größeren Baumaßnahmen ist folgender:

a) *Erschließung des Gewerbe- und Industriegebietes Huntlosen „Sannumer Straße“*

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat über den eingereichten Normenkontrollantrag gegen den Bebauungsplan Nr. 131 „Sannum – Gewerbe- und Industriegebiet Sannumer Straße Nord“ noch nicht entschieden. Mit der Ausschreibung der Erschließungsarbeiten wird gewartet, bis eine Entscheidung vorliegt.

- b) *Sanierung des Funktionsgebäudes bei der Außensportanlage der Graf-von-Zeppelin-Schule in Ahlhorn*

Die Maßnahme ist fertiggestellt.

- c) *Sanierung des Wohnhauses „Kapitän-Strasser-Straße 11“ in Ahlhorn*

Die Abbruch- und Asbestsanierungsarbeiten sind abgeschlossen. In Kürze beginnen die Dachdecker- sowie die Außendämmarbeiten.

- d) *Erweiterung des kath. Kindergartens Herz-Jesu in Ahlhorn*

Eine Teilbaugenehmigung für die Erdarbeiten liegt vor. Mit den Arbeiten wurde begonnen.

- e) *Endausbau der Straßen „Zum Findling“ und „Mühlsteinring“*

Die Erschließungsarbeiten im Bereich der Straße „Zum Findling“ verlaufen planmäßig und sollen bis April 2023 abgeschlossen sein. Der Grünstreifen zwischen dem Baugebiet und den südlichen Sportflächen wurde mit heimischen Gehölzen bepflanzt.

- f) *Neugestaltung des Mehrgenerationenplatzes an der Katharinenstraße in Ahlhorn*

Ein Großteil der Arbeiten wurde fertiggestellt. Die Rasenflächen wurden eingesät. Bei den Sitzmöbeln gibt es weiterhin erhebliche Lieferschwierigkeiten. Eine Abnahme und somit Freigabe der Spielfläche ist aus haftungsrechtlichen Gründen aktuell nicht sinnvoll.

- g) *Sanierung der Straße „Gartenweg“ in Großenkneten*

Der Auftrag wurde vergeben. Mit den Arbeiten soll im Frühjahr begonnen werden. Hierdurch sollen die Einschränkungen für die Anwohner möglichst geringgehalten werden.

- h) *Sanierung der Einmündung „Visbeker Straße“ in Höhe der Hausnummern 28 bis 32 in Ahlhorn*

Die Maßnahme wurde bis auf wenige Restarbeiten fertiggestellt.

- i) *Erneuerung der Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik (EMSR-Technik) beim Hauptpumpwerk Triftweg in Ahlhorn*

Aufgrund anhaltender enormer Lieferprobleme konnte mit der Maßnahme noch nicht begonnen werden.

- j) *Erneuerung des Hauptpumpwerkes „Bunkenburger Weg“ in Huntlosen*

Die Ausschreibung der Maßnahme wird vorbereitet. Eine Notstromversorgung soll aufgrund der hervorgehobenen Bedeutung des Pumpwerkes für die Abwasserbeseitigung berücksichtigt werden.

k) Erneuerung der Steuerungstechnik beim Hauptpumpwerk „In den Rieden“ in Großenkneten

Die Ausschreibung wird vorbereitet.

l) Umgestaltung des Kreuzungspunktes „Visbeker Straße/Wildeshauser Straße/Schulstraße“

Die Ausführungsplanung wird mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg, abgestimmt. Die Ausschreibung wird vorbereitet.

m) Neugestaltung der Jugendfreizeitanlage in Ahlhorn

Die Änderungswünsche werden in die Ausführungsplanung eingearbeitet. Anschließend wird die Ausschreibung vorbereitet.

n) Sanierung der Sportanlage „Katharinenstraße“

Der Bauantrag wurde beim Landkreis Oldenburg eingereicht.

o) Umgestaltung der Außenanlagen bei der Grundschule Großenkneten

Die Ausschreibung der Maßnahme wird vorbereitet.

Der Sitzungskalender für das Jahr 2023 ist in das Ratsinformationssystem eingestellt. Hierauf wird verwiesen.

2. Besondere Repräsentationsaufgaben:

- Am 30.09.2022 nahm ich an der Jubiläumsfeier anlässlich des 125jährigen Bestehens der VR Bank Oldenburg Land eG im Wardenburger Hof teil.
- Am 07.10.2022 war ich zur Grundsteinlegung der Stadt Wildeshausen für das Krankenhaus Johanneum eingeladen,
- am Abend war ich Gast der Firmenjubiläumsfeier von „Clever Etiketten“ in Ahlhorn.
- Am 10.10.2022 verabschiedete ich die Forstamtsleiterin Regina Dörrie im Rathaus.
- Am 26.10.2022 fand die Gewinnübergabe anlässlich der Rätseltour durch die Gemeinde im Rathaus statt.
- Anlässlich des 100-jährigen Bestehens war ich am 28.10.2022 zu Gast im Wardenburger Hof auf Einladung der Hunte-Wasseracht.
- Den AGRAVIS Cup der Öffentlichen Versicherung besuchte ich am 29.10.2022 in Oldenburg.
- Am 04.11.2022 fand an der Graf-von-Zeppelin-Schule ein Pressetermin zur Unterstützung der Sprachförderung durch die Firma Heidemark statt.
- In der Grundschule Huntlosen war ich am 18.11.2022 aufgrund einer Aktion des Nieders. Städte- und Gemeindebundes zum „Vorlesetag“ in der 4. Klasse,
- Die 1. Herren-Mannschaft des TSV Großenkneten habe ich am 21.11.2022 zur Verleihung des Fairness-Cups beglückwünscht.

Niederschrift: Rat 05.12.2022

- An der Jahreshauptversammlung des Seniorenbeirates in Großenkneten nahm ich am 23.11.2022 teil.

Weitere repräsentative Verpflichtungen wurden durch die stellvertretende Bürgermeisterin Dorothee Otte Saalfeld und den stellvertretenden Bürgermeister Hartmut Giese wahrgenommen. Für die Unterstützung bedanke ich mich.

Einwohnerfragestunde

Ratsvorsitzender Deye unterbricht um 17:15 die Sitzung des Rates für eine Einwohnerfragestunde.

Horst Hilsemer, Ahlhorn:

Ich habe vor circa drei Jahren eine Anfrage hinsichtlich der partnerschaftlichen Beziehung mit Supraśl in Polen gestellt. Hierbei ging es um den Umgang LGBT in dieser Partnergemeinde. Zuletzt hat eine Delegation um den Bürgermeister die Partnergemeinde besucht. Hierbei wurden klärende Gespräche geführt. Was ist bei diesen Gesprächen herausgekommen?

Bürgermeister Schmidtke

Bei dieser Bereisung war auch der stellv. Bürgermeister Giese und gleichzeitig SPD-Mitglied vertreten. Eine Auskunft wurde diesbezüglich bereits vor einiger Zeit getätigt. Mir wurde in den Gesprächen bestätigt, dass dort die gleichen Werte und Normen angewandt werden wie bei uns in der Gemeinde Großenkneten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, eröffnet Ratsvorsitzender Deye um 17:19 Uhr wieder die Sitzung.

**zu 4 Fachausschüsse des Rates; Berufung der nicht dem Rat angehörenden Mitglieder in den Schul- und Sportausschuss
Vorlage: BV/0262/2021-2026**

**einstimmig beschlossen
Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0**

Beschluss:

Benjamin Schneiderreit, Hosüne, Birkenallee 6a, wird als Schülervertreter und als Vertreterin Sandra Ali, Ahlhorn, Wildeshauser Straße 31, als nicht dem Rat angehörende Mitglieder in den Schul- und Sportausschuss berufen.

Der Rat stellt gemäß § 71 Abs. 5 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) die Ausschussbesetzung entsprechend fest.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß § 110 Nieders. Schulgesetz (NSchG) gehört dem Schulausschuss eine Vertreterin oder ein Vertreter der Schülerinnen und Schüler an. Der Rat hat in seiner Sitzung am 04.11.2021 gemäß § 73 i. V. m. § 71 Abs. 2 und 7 NKomVG unter anderem beschlossen, dass der Schul- und Sportausschuss mit einer Schülervertreterin/einem Schülervertreter zu besetzen ist. Gemäß § 3 der Verordnung über das Berufungsverfahren für die kommunalen Schulausschüsse steht das Vorschlagsrecht den Schülerräten an der Graf-von-Zeppelin-Schule gemeinsam zu. Die Vorschläge sind bindend.

In der Ratssitzung vom 04.11.2021 wurden als Schülervertreterin Chantal Schossau, Ahlhorn und als Vertreterin, Cendrine Denise Keller als nicht dem Rat angehörende Mitglieder in den Schul- und Sportausschuss berufen. Gemäß § 6 Abs. 3 verliert ein Mitglied seinen Sitz, wenn er die Voraussetzungen für die Berufung nicht mehr erfüllt. Da Chantal Schossau und Cendrine Denise Keller keine Schule des Schulträgers mehr besuchen, erfüllen sie die Voraussetzungen nicht weiter. Somit haben sie ihren Sitz im Schul- und Sportausschuss verloren.

Die Sitze sind neu zu besetzen. Die Schülerräte der Graf-von-Zeppelin-Schule schlagen Benjamin Schneiderreit, Hosüne, Birkenallee 6a als Schülervertreter im Schul- und Sportausschuss und als Vertreterin Sandra Ali, Ahlhorn, Wildeshauser Straße 31, 26197 Großenkneten, vor.

Der Bürgermeister schlägt vor, die Schülervertretungen entsprechend des Vorschlages zu berufen.

Sitzungsbeiträge:

Ratsvorsitzender Deye führt in die Sach- und Rechtslage ein.

**zu 5 Berufung der Gemeindegewahlleitung
Vorlage: BV/0261/2021-2026**

**einstimmig beschlossen
Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0**

Beschluss:

Horst Looschen wird zum 01.01.2023 zum stellv. Gemeindegewahlleiter berufen.

Sach- und Rechtslage:

Am 08.03.2021 hat der Rat Bürgermeister Thorsten Schmidtke zum Gemeindegewahlleiter und Ersten Gemeinderat Klaus Bigalke zum stellv. Gemeindegewahlleiter berufen. Dies ist die gesetzliche Regelung gemäß § 9 Nieders. Kommunalwahlgesetz (NKWG). Mit Wirkung ab dem 01.01.2023 wird Kämmerer Horst Looschen das Amt des Ersten Gemeinderates übernehmen. Damit weiter die gesetzliche Regelung ab dem 01.01.2023 gilt, hat der Rat einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Der Bürgermeister schlägt somit vor, Kämmerer Horst Looschen zum stellv. Gemeindegewahlleiter mit Wirkung ab dem 01.01.2023 zu berufen.

Sitzungsbeiträge:

Bürgermeister Schmidtke führt in die Sach- und Rechtslage ein.

**zu 6 Brandschutz - Grundsatzbeschluss über den Neubau eines
Feuerwehrgerätehauses für die Ortsfeuerwehr Sage
Vorlage: BV/0236/2021-2026**

**einstimmig beschlossen
Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0**

Beschluss:

Für die Ortsfeuerwehr Sage wird ein bedarfsgerechtes neues Feuerwehrgerätehaus errichtet.

Der Standort hierfür sowie die Anzahl der erforderlichen Stellplätze sind – in Absprache mit der Ortsfeuerwehr sowie mit dem Gemeindebrandmeister – noch festzulegen. Ebenfalls werden die erforderlichen Funktions- und Sozialräume errichtet. Sofern die für den gewählten Standort erforderliche Bauleitplanung nicht vorliegt, wird diese durchgeführt.

Die Planungen werden an ein noch auszuwählendes Planungsbüro vergeben.

Die erforderlichen Haushaltsmittel werden für die Jahre 2024 und 2025 zur Verfügung gestellt.

Sach- und Rechtslage:

Das jetzige Feuerwehrgerätehaus der Ortsfeuerwehr Sage entspricht in großen Bereichen nicht mehr den Vorschriften der Feuerwehrunfallkasse (FUK) und der Niedersächsischen Feuerwehrverordnung. Insbesondere fehlt es an Damenumkleiden sowie den entsprechenden Sanitärräumen, der Herren-Umkleidebereich (Spinde) entspricht nicht mehr den Vorgaben, die vorgeschriebene schwarz-weiß-Trennung kann nicht umgesetzt werden und die Fahrzeughalle weist erhebliche Defizite im Bereich des Unfallschutzes aus.

Diese Vorgaben könnten zwar durch erhebliche Sanierungs-, Anbau- oder Umplanungsmaßnahmen erfüllt werden, jedoch wären diese Maßnahmen im Vergleich zu den (finanziellen) Aufwendungen für einen Neubau wirtschaftlich nicht darstellbar. Der Stand eines vorschriftsgerechten Neubaus kann nicht erreicht werden.

Der Bürgermeister schlägt daher vor, ein neues Feuerwehrgerätehaus zu bauen.

Für den Neubau ist ein geeigneter Standort zu suchen und festzulegen. Hierbei wird die Ortsfeuerwehr beteiligt. Sofern für den Standort noch keine Bauleitplanung vorliegt, müsste diese durchgeführt werden.

Ebenfalls ist anschließend die Planung durch ein Architekturbüro zu erstellen. Die Vergabe der Planungsleistungen soll im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung erfolgen.

Festzulegen ist auch die Anzahl der Stellplätze. Die Ortsfeuerwehr Sage hat im Vorfeld darauf hingewiesen, dass vier Stellplätze sowie ein außen liegender Waschplatz geschaffen werden sollten.

Der Feuerwehrbedarfsplan hingegen sieht die künftige Ausstattung der Ortsfeuerwehr mit drei Fahrzeugen vor (Mannschaftstransportfahrzeug, Hilfeleistungslöschfahrzeug, Staffelfahrzeug).

Hierüber sind Gespräche zu führen.

Für eine auch zukunftsfähige Ausstattung des Feuerwehrgerätehauses soll darüber hinaus im Vorfeld mit dem Landkreis Oldenburg geklärt werden, ob ein Stellplatz für ein kreiseigenes Katastrophenschutzfahrzeug vorgehalten werden soll. Die Kosten für diesen Stellplatz wären dann durch den Landkreis zu tragen. Zu bedenken ist bei einer solchen Stellplatzlösung, dass in einem Katastrophenfall das Fahrzeug mit Kameradinnen und Kameraden der Ortsfeuerwehr besetzt werden muss, welche in einem Katastrophenschutzfall nicht mehr für einen Einsatz der Ortsfeuerwehr zur Verfügung stehen.

Die Funktions- und Sozialräume sollen bedarfsgerecht anhand der Mitgliederzahl errichtet werden, wobei auch mögliche künftige Mitgliederentwicklungen zu berücksichtigen sind.

Sitzungsbeiträge:

Bürgermeister Schmidtke führt in die Sach- und Rechtslage ein.

Stellv. Bürgermeisterin Otte-Saalfeld erklärt, dass die Fraktion dem Beschluss zustimmen werde. Das bestehende Feuerwehrhaus sei in die Jahre gekommen. Es entspreche nicht mehr den Vorschriften. Es gehe nunmehr darum, mit der Ortsfeuerwehr Sage nach potentiellen Flächen zu schauen. Für das alte Feuerwehrhaus in Sage sollte eine entsprechende Nachnutzung gefunden werden.

Beigeordneter Faß betont die gute Leistung der Feuerwehr. Er sei froh, dass es diese gebe. Für die Feuerwehr in Sage seien zwei Punkte besonders zu erwähnen. Zum einen der gemeindeweit größte Löschbezirk und zudem die meisten Autobahnkilometer. Hinsichtlich der Beschlussempfehlung gebe es keine Diskussion. Ein möglicher Standort könnte in Sage-Haast sein.

Ratsfrau Johannes erklärt, dass sie die Beschlussempfehlung als Ur-Sagerin unterstützen werde. Es sei nur ein Grundsatzbeschluss. Alle weiteren Einzelheiten seien mit der Feuerwehr abzustimmen. Zu einem möglichen Standort gebe es viele Gerüchte. Die SPD-Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Ratsherr Jannis Behrens erklärt, dass er einen frauengerechten Neubau begrüßen würde. Man solle versuchen, die Begeisterung bei den Frauen zu wecken

zu 7 **Umsetzung der Straßenverkehrsordnung - Verkehrsregelung durch die
Feuerwehr**
Vorlage: BV/0238/2021-2026

einstimmig beschlossen
Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0

Beschluss:

Zur Sicherung von Veranstaltungen können der Freiwilligen Feuerwehr Aufgaben der Verkehrsregelung nach der Straßenverkehrsordnung übertragen werden, soweit Polizeieinsatzkräfte nicht ausreichend zur Verfügung stehen (Grundsatzbeschluss).

Sach- und Rechtslage:

Nach §§ 36 und 44 der Straßenverkehrsordnung (StVO) ist die Polizei befugt, den Verkehr durch Zeichen und Weisungen und durch Bedienung von Lichtzeichenanlagen zu regeln. Diese Zeichen und Weisungen sind zu befolgen.

Das Nds. Brandschutzgesetz (NBrandSchG) wurde in § 2 Absatz 6 insofern geändert, dass nunmehr die Gemeinde durch einen Ratsbeschluss zur Sicherung von gemeindlichen Veranstaltungen die Befugnisse für die Verkehrsregelung auch durch die örtliche Feuerwehr wahrnehmen lassen kann, soweit Polizeivollzugskräfte nicht oder nicht ausreichend rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Mit dieser Regelung sollen insbesondere Veranstaltungen von Vereinen und Einrichtungen wie Schützenumzüge, Laternenläufe etc. erfasst werden, für die eine polizeiliche Begleitung aufgrund nicht ausreichend vorhandener Einsatzkräfte nicht möglich ist. Bei den „gemeindlichen Veranstaltungen“ muss es sich nicht um Veranstaltungen der Gemeinde als ausrichtendes Organ handeln, die Regelung bezieht sich auf die in einem Gemeindegebiet durchgeführten lokalen Veranstaltungen.

Für die in Frage kommenden Veranstaltungen ist zunächst eine Absprache mit der Polizei erforderlich. Soweit dort keine ausreichenden Kapazitäten zur Verfügung stehen, kann eine Anfrage bei der zuständigen Ortsfeuerwehr erfolgen. Eine Verpflichtung der Feuerwehr, die Veranstaltung zu begleiten und die Verkehrsregelung durchzuführen, besteht nicht.

Vor einer solchen Aufgabenübertragung ist ein entsprechender Ratsbeschluss erforderlich, der als Grundsatzbeschluss gefasst werden kann.

Eine Absprache mit dem Gemeindebrandmeister sowie den Ortsbrandmeistern ist erfolgt. Diese stimmen der grundsätzlichen Möglichkeit der Aufgabenübertragung zu, behalten sich jedoch eine Entscheidung jeweils im Einzelfall vor.

Der Bürgermeister schlägt vor, den Grundsatzbeschluss zu fassen.

Sitzungsbeiträge:

Bürgermeister Schmidtke führt in die Sach- und Rechtslage ein.

zu 8 Umbau und Erweiterung des Rathauses - Grundsatzbeschluss
Vorlage: BV/0259/2021-2026/2

mehrheitlich beschlossen
Ja 27 Nein 4 Enthaltung 0

Beschluss:

Das Rathaus wird bedarfsgerecht im Bestand umgebaut und unter Berücksichtigung der Schaffung eines neuen Ratssaales erweitert.

Sach- und Rechtslage:

Das Rathaus wurde im Jahr 1972 errichtet. 1995 wurde es notwendig, das Gebäude im Bestand umzubauen um damit neue Büroräume zu schaffen. Eine Erweiterung und energetische Sanierung erfolgten im Jahr 2007.

Die Aufgaben der Verwaltung sind sowohl quantitativ als auch qualitativ weiter stark gewachsen. Es ist davon auszugehen, dass auch künftig weitere zusätzliche Aufgaben auf die Kommunen zukommen und somit die Arbeitsbelastung weiter wachsen wird.

Diese Entwicklung führt selbstverständlich zu einem höheren Personalbedarf. Die Zahl der Beschäftigten nur in der Kernverwaltung hat sich in den letzten Jahren um 7 erhöht.

Dies führt dazu, dass Räumlichkeiten nicht mehr ausreichend vorhanden sind. Zudem entspricht die technische Ausstattung nicht mehr den heutigen Anforderungen. Den Vorgaben des Datenschutzes kann nicht mehr in allen Bereichen genügend nachgekommen werden.

Die Ordnung der Raumaufteilung nach den 4 Organisationseinheiten der Verwaltung besteht so nicht mehr. Diese Ordnung ist für die Verwaltungsabläufe und Orientierung der Kunden von besonderer Bedeutung.

Auch bei einer fortschreitenden Digitalisierung und dem Angebot von Home-Office fehlt es an Büroräumen. Die Aufgaben der Daseinsvorsorge können in einer Kommunalverwaltung im Home-Office aufgrund des erforderlichen persönlichen Kundenkontakts und des Datenschutzes nur sehr eingeschränkt ermöglicht werden.

Dies führt insgesamt zu einem Bedarf von zusätzlichen 10 Büroräumen. Eine Reserve von weiteren 2 Büroräumen sollte bedacht werden. Es besteht der Bedarf an mindestens einem weiteren Konferenzraum auch für Externe, die Beratungen anbieten. Die Einrichtung eines repräsentativen Trauzimmers wäre wünschenswert. Darüber hinaus fehlt es an Lagerkapazitäten.

Der Ratssaal entspricht in keiner Weise mehr den heutigen Ansprüchen. Die Sitzordnung ist unzureichend. Die Technik erfüllt auch unter Berücksichtigung von künftigen Gremiensitzungen in Hybridform nicht mehr den heutigen Anforderungen. Es fehlt an Besucherplätzen.

Die fehlenden Räumlichkeiten können nicht mehr im Bestand geschaffen werden.

Zudem wird es erforderlich sein, eine Klimatisierung der Büroräume auch im Bestand einzurichten.

Denkbar ist nach allem eine Erweiterung des Bestandsgebäudes unter anderem mit der Schaffung eines zeitgemäßen Ratssaales. Der heutige Ratssaal könnte für die Einrichtung von neuen Büroräumen umgebaut werden.

Mit einem Umbau und einer Erweiterung des Rathauses könnte der Verwaltungsbetrieb zukunftsfest ausgerichtet werden. Weiter würde die Effektivität der Verwaltung gesteigert werden. Bereits heute besteht ein Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst. Mit modernen Arbeitsbedingungen steigt auch die Wettbewerbsfähigkeit.

Zur Ermittlung einer Kostenschätzung für einen Umbau sowie einer Erweiterung wurde eine Vorentwurfsplanung aufgestellt. Danach würden sich die Kosten für das Vorhaben auf 4,7 Mio. € belaufen.

In den Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2023 sind für Planungsleistungen 200.000 € berücksichtigt. Für die Baumaßnahme sind in die Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2024 2,7 Mio. € und 2025 2,0 Mio. € aufgenommen.

Nach allem schlägt der Bürgermeister vor, folgenden Grundsatzbeschluss zu fassen:

Das Rathaus wird bedarfsgerecht im Bestand umgebaut und unter Berücksichtigung der Schaffung eines neuen Ratssaales erweitert.

Sitzungsbeiträge:

Bürgermeister Schmidtke führt in die Sach- und Rechtslage ein.

Ratsvorsitzender Deye erklärt, dass ein entsprechender **Antrag** der FDP-Fraktion vorliege.

Beigeordneter Wilke führt zum **Antrag** der FDP-Fraktion aus. Insbesondere stellt er hierbei klar, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung ein hohes Maß an Wertschätzung entgegengebracht werde. Es sei klar, dass mehr Aufgaben anfallen und hierfür Räumlichkeiten fehlen würden. Er sehe diesen Entwicklungsprozess als Chance. Es solle eine externe Überprüfung des Bedarfes erfolgen. Er halte den Ratssaal so für ausreichend. Es komme eher ein Umbau als ein Neubau in Betracht. Die in der Beschlussempfehlung gemachte Kostenschätzung sei bereits über ein Jahr alt. Er spricht zudem eine mögliche Nutzung für größere Versammlungen im Dorfgemeinschaftshaus an. Im Bereich der Schulen und Kindergärten wurden u. a. vorübergehende Räumlichkeiten durch Containerlösungen zur Verfügung gestellt. Für das Rathaus wäre eine ähnliche vorübergehende Lösung denkbar. Für ihn stelle sich die Frage, warum nicht möglichst viele Expertisen in diesem Zusammenhang eingeholt werden sollten.

Ratsherr Martens erklärt, dass die CDU-Fraktion den Änderungsantrag der FDP ablehnen werde. Er hält die Beschlussvorlage als Grundsatzbeschluss für ausreichend. Alle weiteren Detailplanungen werden in den entsprechenden Gremien vorbereitet. Im Haushalt 2019 seien bereits erste Planungskosten für dieses Projekt eingestellt worden. Er halte den Neubau eines Ratssaals für sinnvoll. In einem Neubau sei zudem die Anwendung besserer Technik möglich.

Niederschrift: Rat 05.12.2022

Es handele sich hierbei lediglich um einen Grundsatzbeschluss. Die eigentliche Planung erfolge im Anschluss. Wichtig sei es, angemessene Arbeitsplätze für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für die Auszubildenden zu schaffen. Es werde gute Arbeit erwartet und hierfür müssten gute Voraussetzungen geschaffen werden. Im Namen der CDU-Fraktion bedankt er sich für die Arbeit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung.

Ratsfrau Johannes weist ebenfalls darauf hin, dass es sich lediglich um einen Grundsatzbeschluss handele. Die Politik werde bei der weiteren Planung einbezogen. Bei der Planung stehe man ganz am Anfang. Sie halte es für unglücklich, die Arbeitsweise der Verwaltung vorzuschreiben. Es sei die Aufgabe der Verwaltung, nicht die der Politik.

Ratsherr Rykena erklärt, dass eine sparsame Haushaltsführung grundsätzlich wichtig sei. Es sei genau zu überlegen, welche Investitionen getätigt werden. Die AfD-Fraktion hält den Anbau für notwendig. Die Beschlussempfehlung sei hierfür lediglich der Startschuss. Die Abhaltung von Sitzungen in Gasthäusern sei keine Dauerlösung. Es ist mit einem Zuwachs an Einwohnerinnen und Einwohnern zu rechnen und dementsprechend sei auch ein größerer Rats- saal notwendig. Die Ausführungen der Verwaltung seien nachvollziehbar. Das bestehende Rathaus sei vor circa 50 Jahren gebaut worden. Die letzte Sanierung habe vor 20 Jahren stattgefunden. Die Umbaumaßnahme sei notwendig. Es soll kein Stückwerk betrieben werden. Wichtig sei ein gutes Gesamtkonzept.

Beigeordneter Uwe Behrens erklärt, dass die Gruppe eine Notwendigkeit sehe. Sie könne sowohl mit dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion als auch mit der Beschlussempfehlung der Verwaltung leben. Eine externe Überprüfung sei grundsätzlich eine gute Möglichkeit. Man solle diesen Weg nicht ausschließen. Der Ausbau und die Erweiterung seien aufgrund des FDP-Antrages trotzdem möglich.

Beigeordneter Wilke **beantragt** über die Beschlussempfehlung eine geheime Abstimmung durchzuführen.

Bürgermeister Schmidtke erläutert hierzu das weitere Vorgehen.

Ratsfrau Haake merkt an, dass es sich hierbei um einen Antrag nach der Geschäftsordnung handeln würde und diese geheime Abstimmung durchgeführt werden müsse.

Bürgermeister Schmidtke verweist auf § 14 Abs. 5 der Geschäftsordnung. Über den Antrag auf geheime Abstimmung müsse zunächst abgestimmt werden.

Ratsvorsitzender Deye lässt sodann über den Antrag auf geheime Abstimmung abstimmen.

Der Antrag wird mit

10 Ja-Stimmen
17 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

abgelehnt.

Es erfolgt keine geheime Abstimmung.

Niederschrift: Rat 05.12.2022

Anschließend lässt Ratsvorsitzender Deye über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Der Antrag wird bei

10 Ja-Stimmen

19 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

abgelehnt.

Ratsvorsitzender Deye lässt sodann über die Beschlussempfehlung der Verwaltung abstimmen.

zu 9 Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023
Vorlage: BV/0276/2021-2026/2

mehrheitlich beschlossen
Ja 26 Nein 3 Enthaltung 2

Beschluss:

Der Haushaltsplan in der Fassung der Verwaltungsvorlage einschließlich dem angefügten Stellenplan sowie die beigefügte Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 wird mit folgenden Änderungen beschlossen:

	Auszahlungen	Einzahlungen
I1.000273.500 Umgestaltung Schulhof GS Großenkneten	100.000 €	
I1.000259.500 Knotenpunkt G 213/Visbeker Str./Schulstr. <i>Städtebaufördermittel</i>	700.000 €	- 450.000 €
I1.000249.500.003 Erweiterung Kinderkrippe Großenkneten	100.000 €	
I1.000297.500 Neugestaltung Jugendspielfläche Ahlhorn <i>Städtebaufördermittel</i>	400.000 €	- 410.000 €
I1.000044.500 Investive Straßenbaumaßnahmen	200.000 €	
P1.346000 Wohngeld		
 Kostenerstattungen		-1.000.000 €
 Transferleistungen	1.000.000 €	
 Summe:	2.500.000 €	-1. 860.000 €

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2023 ist dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss am 10.10.2022 in seinen Grundzügen vorgestellt worden. Die Fachausschussberatungen haben in den Sitzungen am 07.11.2022 stattgefunden.

Bei den Fachausschüssen wurden folgende Ergänzungen beraten:

	Auszahlungen	Einzahlungen
I1.000273.500 Umgestaltung Schulhof GS Großenkneten	100.000 €	
I1.000259.500 Knotenpunkt G 213/Visbeker Str./Schulstr. <i>Städtebaufördermittel</i>	700.000 €	- 450.000 €
I1.000249.500.003 Erweiterung Kinderkrippe Großenkneten	100.000 €	
I1.000297.500 Neugestaltung Jugendspielfläche Ahlhorn <i>Städtebaufördermittel</i>	400.000 €	- 410.000 €
I1.000044.500 Investive Straßenbaumaßnahmen	200.000 €	
P1.346000 Wohngeld		

Niederschrift: Rat 05.12.2022

<i>Kostenerstattungen</i>		-1.000.000 €
Transferleistungen	1.000.000 €	
Summe:	2.500.000 €	- 1.860.000 €

Der Jugend-, Ordnungs- und Sozialausschuss hat den Antrag der SPD-Fraktion auf Bereitstellung von Haushaltsmitteln zum Ausgleich der auslaufenden Förderung des Bundesprogrammes „Sprach-Kitas“ nicht unterstützt. Ebenso hat der Finanz- und Wirtschaftsausschuss am 14.11.2022 den Antrag der Gruppe Grüne – KA - Lahrman auf Aufnahme von Mitteln für Klimaschutzmaßnahmen zur regenerativen Energiegewinnung nicht befürwortet.

Nach dem Verwaltungsentwurf weist der Ergebnishaushalt durch hohe Schlüsselzuweisungen einen Überschuss von 2.773.700 € aus.

Der Finanzhaushalt weist nach den Ergänzungen insgesamt Auszahlungen in Höhe von 37.789.900 € aus (Haushaltsvolumen). Dem gegenüber stehen erwartete Einzahlungen in Höhe von 36.383.400 €, so dass ein Finanzierungsfehlbedarf von 1.406.500 € verbleibt, der mit vorhandenen liquiden Mitteln gedeckt werden kann. Ein **Kreditbedarf** ist demnach nicht eingeplant.

Die Hebesätze wurden unverändert für die Grundsteuer A und B in Höhe von 360 % sowie der Gewerbesteuer in Höhe von 380 % berücksichtigt.

Die Haushaltssatzung sowie der Entwurf des Stellenplanes 2023 sind der Beschlussvorlage-Nr. BV/0276/2021-2026/1 beigelegt.

Der Bürgermeister schlägt folgenden Beschluss vor:

Der Haushaltsplan in der Fassung der Verwaltungsvorlage einschließlich dem angefügten Stellenplan sowie die beigelegte Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 wird mit folgenden Änderungen beschlossen:

	Auszahlungen	Einzahlungen
11.000273.500 Umgestaltung Schulhof GS Großenkneten	100.000 €	
11.000259.500 Knotenpunkt G 213/Visbeker Str./Schulstr. <i>Städtebaufördermittel</i>	700.000 €	- 450.000 €
11.000249.500.003 Erweiterung Kinderkrippe Großenkneten	100.000 €	
11.000297.500 Neugestaltung Jugendspielfläche Ahlhorn <i>Städtebaufördermittel</i>	400.000 €	- 410.000 €
11.000044.500 Investive Straßenbaumaßnahmen	200.000 €	
P1.346000 Wohngeld		
Kostenerstattungen		-1.000.000 €
Transferleistungen	1.000.000 €	
Summe:	2.500.000 €	-1.860.000 €

Sitzungsbeiträge:

Bürgermeister Schmidtke führt in die Sach- und Rechtslage ein.

Ratsfrau Naber erklärt, dass die Haushaltsplanungen alle Fachausschüsse durchlaufen haben. Es seien einige Änderungen vorgenommen worden. Die Normalität nehme langsam wieder Formen an. Finanziell habe die Gemeinde das Jahr 2022 stark getroffen. Man sei jedoch gut vorbereitet. 2023 seien entsprechende Investitionen möglich. Es müssten keine Kreditermächtigungen getätigt werden. Es bestehe zudem die Möglichkeit, die Vereine zu unterstützen. Es seien gute Sportstätten zur kostenlosen Nutzung vorhanden. Das Thema Schule und Digitalisierung sei zudem sehr wichtig. Dies sei insbesondere Landes- und Bundesaufgabe. Die Zuschüsse für die Schulen steigen stetig an. Trotz allem seien keine Steuererhöhungen vorgesehen. Auch die Gemeindkosten würden steigen. Es seien jedoch weitere Investitionen möglich. Sie berichtet über einzelne Investitionsmaßnahmen im Haushalt 2023. Ihr persönlicher Wunsch sei es, den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Es müssen mehr Projekte mit sozialem Hintergrund durchgeführt werden. Sie bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung.

Ratsherr Martens erklärt, dass sich alle Fachausschüsse mit dem Zahlenwerk befasst hätten. Es sei ein guter Haushaltsplan aufgestellt worden. Die Beratungen seien von vielen Anträgen geprägt. Es seien viele kurzfristige Anträge gestellt worden. Einige wurden in den Beratungen dann jedoch wieder zurückgenommen, da grundsätzliche Entscheidungen fehlten. Diese Arbeitsweise sei sehr fragwürdig. Insgesamt sei nicht absehbar, wie sich die Situation entwickeln werde. Die CDU-Fraktion sehe im Haushalt eine gute Balance. Die Eckpunkte seien stimmig. Es gebe keine Steuererhöhung, ebenfalls keinen Kreditbedarf. Die Pro-Kopf-Verschuldung sei unter dem Landesdurchschnitt. Es sei eine Mehrbelastung durch die Energiekosten festzustellen. Er berichtet über die anstehenden Investitionen im Haushalt 2023. Insgesamt sei es ein solider und angemessener Haushalt. Er bedankt sich bei allen Fraktionen und der Gruppe sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Insbesondere dankt er dem ausscheidenden Ersten Gemeinderat Klaus Bigalke.

Ratsfrau Johannes erklärt, dass es sich um eine besondere Zeit handle. Es sei schwer vorherzusehen. Es werde deutliche Veränderungen in den Folgejahren geben. Die dynamische Entwicklung mache ein klares Handeln erforderlich. Für die Haushaltsplanung 2022 gab es zunächst ungünstige Vorzeichen. Maßnahmen wurden geschoben. Diese Entscheidungen wurden jedoch gemeinsam getroffen. Das Jahr nahm jedoch eine gute Entwicklung. Die Planung für das Haushaltsjahr 2023 sei erfreulich. Die Sprachförderung sei insbesondere von großer Bedeutung. Sorge machten die hohen Energiekosten. Es bestehe ein geringer Finanzierungsfehlbedarf. Sie zählt einige der Investitionen im kommenden Haushaltsjahr auf. Es sei kein Sparhaushalt. Die SPD-Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen. Sie bedankt sich bei den Fraktionen und der Gruppe sowie bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung.

Beigeordneter Uwe Behrens bedankt sich zunächst bei Kämmerer Horst Looschen. Handwerklich sei gute Arbeit geleistet worden. Die Verteilung der Haushaltsmittel sei politische Aufgabe. Bei der Gewerbesteuer sei wieder eine vorsichtige Haltung eingenommen worden. Es seien bereits Hilfspakete vom Land beschlossen worden. Das Großprojekt des Umbaus des Rathauses stehe an. Der Startschuss für ein mögliches Integrationskonzept sei jedoch leider nicht gefallen. Er sehe insbesondere Handlungsbedarf durch externe Hilfe. Es fehle an einem Konzept für die nächsten Jahre. Die Entwicklung bei der „Visbeker Straße“ ohne einen Kreisverkehr führe zu einem Stillstand. Es erfolge hier keine Verbesserung der Situation. Es fehle an Mut. Das große Manko am Haushaltsplan sei die nicht ausreichende

Berücksichtigung des Klimaschutzes. Ein konkretes Konzept sei notwendig. Bei Maßnahmen solle stets die Nachhaltigkeit beachtet werden. Die Gemeinde sei hier etwas träge. Durch die Gruppe sei eine Energieberatung im Rathaus möglich gemacht worden. Aus seiner Sicht wäre eine technische Umsetzung für Livestream-Sitzungen bereits möglich gewesen. Leider wurde hier nichts in die Wege geleitet. Bislang wurde der Beschlussempfehlung der Haushaltspläne immer zugestimmt. In diesem Jahr sei jedoch mit der Zustimmung der Gruppe nicht zu rechnen. Es fehlen die Lösungsansätze. Ein weiterer wunder Punkt sei der Leerstand der Gastronomiebetriebe. Es handle sich hierbei um einen Treffpunkt für Veranstaltungen und für ein soziales Miteinander. Es sei eine Reaktion erforderlich, um die Treffpunkte weiterhin am Leben zu erhalten. Es sollten die Möglichkeiten der Unterstützung für mögliche Investoren geprüft werden. Die Gruppe sei für Vorschläge offen.

Ratsfrau Haake merkt an, dass sie die bislang genannten Investitionen und Zahlen nicht wiederholen möchte. Die Energiekrise mache sich auch im Haushalt bemerkbar. Zum Thema Energiesparen wurde seitens der FDP-Fraktion ein Antrag gestellt. Dieser werde bis jetzt noch geprüft. Insgesamt sei es ein ausgeglichener Haushalt. Es gebe keine Steuererhöhungen und kräftige Investitionen. Nach zwei Krisenjahren sei man weiter handlungsfähig. Sie zählt die Investitionen im Haushaltsjahr 2023 auf. Vieles komme hierbei Kinder und Jugendlichen zu Gute. Die Finanzplanung solle jedoch kritisch im Blick behalten werden. Der Bedarf an der Erweiterung des Rathauses sei erkennbar. Es bestand jetzt die Gelegenheit, der Erweiterung zuzustimmen, jedoch eine externe Prüfung der Notwendigkeit vorzunehmen. Hier habe der Wunsch nach anderem dagegengestanden. Die FDP-Fraktion werde ihre Ideen trotzdem weiter einbringen. Es hätte die Möglichkeit bestanden, hier Gelder einzusparen, die für mögliche fehlende Betreuungsplätze eingesetzt hätten werden können. Vor einiger Zeit sei ein Antrag für Livestream- und hybride Sitzungen gestellt worden. In diesem Punkt sei man nicht wirklich weitergekommen. Insgesamt werde der Stellenwert der Kommunen weiterwachsen. Im Namen der FDP-Fraktion bedankt sie sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rathauses.

Ratsherr Rykena berichtet über das abgelaufene schwierige Haushaltsjahr. Hinsichtlich der Gewerbesteuerückzahlung wurde eine elegante Lösung gefunden. Es entspreche dem grundsätzlichen verantwortlichen Umgang mit Steuergeldern. Ein sparsamer Umgang sei notwendig. Aufgrund der Unterbringung von Migranten würden hohe Kosten entstehen. Die Energiekosten würden steigen. Auch wenn die Gewährung von Wohngeld kostenneutral sei, werde der Mietspiegel in der Gemeinde langfristig ansteigen. Es erfolge eine lokale Inflation. Diese „fresse“ das Budget der Menschen auf. Die Belastung bei den Bürgerinnen und Bürgern würde steigen. Die Bundesregierung mildere diese Problematik mit teuren Programmen ab. Die Folge sei, dass die Inflation weiter steigen würde. Schulden werden teurer werden. Er warnt davor, keine weiteren Schulden in den Folgejahren aufzunehmen. Es sei wichtig, dass der Haushalt weiterhin ausgeglichen sei. Sofern ein möglicher Überschuss erzielt werden könne, müsse überlegt werden, ob die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen in der Gemeinde entlastet werden könnten. Eine Möglichkeit sehe er in der Reduzierung der Hebesätze. Im Namen der AfD-Fraktion dankt er den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung sowie den Ratsmitgliedern.

**zu 10 Annahme von Spenden – Spende der Firma Heidemark GmbH
Vorlage: BV/0251/2021-2026**

**mehrheitlich beschlossen
Ja 30 Nein 0 Enthaltung 1**

Beschluss:

Die Spende der Firma Heidemark GmbH, Lether Gewerbestraße, Ahlhorn, in Höhe von 10.000,00 € wird angenommen.

Sach- und Rechtslage:

Nach § 111 Abs. 7 NKomVG darf die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen einwerben und annehmen oder an Dritte vermitteln, die sich an der Erfüllung von gemeindlichen Aufgaben beteiligen. Die Einwerbung und die Entgegennahme des Angebots einer Zuwendung obliegen dem Bürgermeister. Über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen mit einem Wert von 100,00 € bis höchstens 2.000,00 € entscheidet der Verwaltungsausschuss, über 2.000,00 € der Rat.

Die Firma Heidemark GmbH ist bereit, die Graf-von-Zeppelin-Oberschule, Ahlhorn, für die Sprachförderung mit einem Betrag in Höhe von 10.000,00 € zu unterstützen.

Der Bürgermeister schlägt vor, die Spende der Firma Heidemark GmbH in Höhe von 10.000,00 € anzunehmen.

Sitzungsbeiträge:

Bürgermeister Schmidtke führt in die Sach- und Rechtslage ein.

zu 11 Anfragen und Anregungen

zu 11.1 Weihnachtsbeleuchtung "Wildeshauser Straße"

Ratsherr Lahrmann:

Im Rahmen der Energiesparmaßnahmen sollte nur jede zweite oder dritte Lampe mit Weihnachtsbaumbeleuchtung versehen werden. In Ahlhorn habe ich den Eindruck, dass jede Laterne mit Weihnachtsbeleuchtung versehen ist.

Bürgermeister Schmidtke:

Die Angelegenheit wurde dem Gewerbe- und Handelsverein überlassen. In der Gesamtzahl der Weihnachtsbeleuchtung wurden Abstriche gemacht.

zu 11.2 E-Ladesäulen

Ratsherr Ohms:

Es gab Gespräche hinsichtlich E-Ladesäulen über die EWE. Wie ist hier der Sachstand?

Bürgermeister Schmidtke:

Im Fachausschuss ist eine gleiche Frage aufgekommen. Es wird eine erneute Kontaktaufnahme bei der EWE erfolgen. Der Ansprechpartner für Kommunen soll demnächst ins Rathaus kommen.

Protokollanmerkung:

Die Standorte für mögliche EWE-E-Ladesäulen wurden laut Auskunft der EWE angegeben und werden im nächsten Schritt analysiert. Die Analyse ist voraussichtlich bis Ende Januar 2023 abgeschlossen. Das weitere Vorgehen wird mit der Gemeindeverwaltung abgestimmt.

zu 11.3 Runder Tisch Wirtschaft

Ratsfrau Haake:

Ist es beabsichtigt, zukünftig einen „Runden Tisch Wirtschaft“ durchzuführen? Ich rege eine Weiterführung an.

Bürgermeister Schmidtke:

Die Gemeinde ist gewillt, einen entsprechenden „Runden Tisch“ fortzuführen.
Gegebenenfalls ist der nächste „Runde Tisch“ auf dem Betriebsgelände Amazon denkbar.

zu 11.4 Betriebsbeginn Amazon

Beigeordneter Wilke:

Wann nimmt die Firma Amazon ihren Betrieb auf?

Bürgermeister Schmidtke:

Ein genauer Beginn ist mir nicht bekannt. Er wird jedoch nicht im ersten Quartal 2023 erfolgen.

zu 11.5 Klarstellung

Stellv. Bürgermeister Giese:

Ich möchte richtig stellen, dass ich innerhalb der SPD-Fraktion über die Arbeitsgespräche mit der Partnergemeinde Supraśl berichtet und alle Information weitergegeben habe.

zu 11.6 Straßenbeleuchtung

Ratsfrau Jähnke:

Mir wurde zugetragen, dass die Straßenbeleuchtung teilweise erst sehr spät anspringt. Ist es möglich, dass die Straßenbeleuchtung früher anfängt zu leuchten.

Bürgermeister Schmidtke:

Die meisten Lampen sind mit einer automatischen Dämmschaltung versehen. Im Rahmen der Energiesparmaßnahmen wurde die Beleuchtung teilweise eingeschränkt.

Niederschrift: Rat 05.12.2022

Ende der Sitzung: 18:52 Uhr

gez. Torsten Deye
Ratsvorsitzender

gez. Thorsten Schmidtke
Bürgermeister

gez. Florian Jochens
Protokollführung